

Landesarchiv Berlin

B Rep. 057-01

Nr.: 4433

Landesarchiv Berlin

B Rep. 057-01

Nr.: 4433

Leitz-Ordner R 80

A

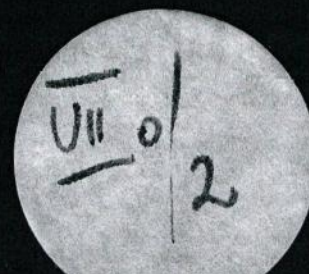
14-24

Erlasse

4-12/1940

124/64
(RSHA)

Be



A 14

r Generalstaatsanwalt
dem Kammergericht

134/64

(RSHA)

54

Betrifft: Polizeiverordnung über die Kenntlichmachung im Reich eingesetzter Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums vom 8.3.40. -

Source: Author. **Notes:**

Der Reichsminister des Innern - Pol. S IV B 2 - 382/40 -
1. u. 2. Ges. 1. u. 2. B. 2.

A 15

Generalstaatsanwaltschaft
dem Kammergericht

12 4164

(RSHA)

Ps.-Erlaß Berlin Hae 63 544 vom 16.4.40 - 1500

An alle Stapo(leit)stellen (außer den Stapostellen in den neuen Ostgebieten und im Protektorat) - Dringend! Sofort vorlegen! --

Betrifft: Polizeiverordnung über die Kenntlichmachung der im Reich eingesetzten poln. Zivilarbeiter und -arbeiterinnen.

Vorgang: Ps.-Erlaß des RmdI vom 6.4.40 - PöI. S IV D 2 - 382/40 -

Der im vorstehend näher bezeichneten Ps. erwähnte Rundverlaß an die Höheren Verwaltungsbehörden über die Anforderung der Kennzeichen ist am 16.4.40 ergangen und gelangt nunmehr zur Versendung. Da ein Teil der enthaltenen Bestimmungen im Hinblick auf das Inkrafttreten der Polizeiverordnung am 1.4.40 beschleunigt durchgeführt werden muß, bitte ich, den im Folgenden auszugsweise mitgeteilten Erlaßtext unverzüglich den für den dortigen Bezirks zuständigen Höheren Verwaltungsbehörden (Reg.Präsidenten, in der Ostmark Reichsstatthalter sowie in Ländern ohne Reg.Präsidenten Landesregierungen) - ggf. formmündlich - zu ermitteln und diesen beizulegen, den Inhalt auch den Kreispolizeibehörden sofort formmündlich mitzuteilen:

" Die nach § 1 der Polizeiverordnung über die Kenntlichmachung der im Reich eingesetzten Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums vom 8.3.40 vorgeschriebenen Kennzeichen sind durch die örtlichen Polizeibehörden (in Gemeinden mit staatlicher Polizeigewalt durch die staatlichen Polizeibehörden, sonst durch die Bürgermeister) an die Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums unverzüglich auszugeben.

Die Kennzeichen sind von mir zentral in Auftrag gegeben worden. Der zur Zeit bestehende Bedarf - für jeden polnischen Arbeiter sind 5 Abzeichen vorgesehen - ist sofort durch die Kreispolizeibehörde zu ermitteln und von diesen der Firma "Berliner Fahnenfabrik Geitel & Co, Berlin O 2, Wallstraße 16" unmittelbar aufzugeben. Die Kennzeichen sind in Streifen zu 5 Stück zum Preise von 0,10 RM je Streifen an die polnischen Arbeiter auszugeben. Die vereinnahmten Beträge sind an die Kreispolizeibehörden abzuführen und von diesen unverzüglich der Berliner Fahnenfabrik Geitel & Co zu überweisen.

Unmittelbare Bestellungen durch die örtlichen Polizeibehörden, Lager und dergl. sind unzulässig."

Der Reichsf. u. ChdDtPol. i. RmI - S IV D 2 Nr. 382/46

I. A. Gez. Reg. Rat B a a t z .

A 16

Generalstaatsanwaltschaft
dem Kammergericht

13 4/64

(RSHA)

Abtschrift.

Fs-Erlass Berlin Nue 87 762 vom 21.5.40 - 10³⁰ Uhr -

An alle Stapo(leit)stellen (mit Ausnahme der Stapoleitstellen
der in das Reich eingegliederten Ostgebiete).

Betrifft: Behandlung der im Reich eingesetzten Zivilarbeiter
und -arbeiterinnen polnischen Volkstums.

Vorgang: Runderlaß vom 8.3.40 - S - IV D 2 - 332/40.

Anträgen auf Sonderbehandlung polnischer Zivilarbeiter und
-arbeiterinnen gemäß Ziffer 2 Abs. 2 des oben genannten Erlasses
sind in Zukunft stets eine von einem Arzt gefertigte rassische
Beurteilung sowie ein, die Rassenmerkmale deutlich sichtbar
machendes Lichtbild beizufügen.

RS. u. Chef d. A. St. - S - IV D 2 - 332/40 -

A 17

Generalstaatsanwalt
dem Kammergericht

17 4/64

(RSHA)

Der Reichsführer ^{II}
und Chef der Deutschen Polizei
im Reichsministerium des Innern

VIII 173 B 16

S - IV D 2 - 3383/40

8000161

Berlin, den 28. Mai 1940

S c h n e l l b r i e f

An

JOINT U. S. AND
RUSSIAN PROPERTY

alle Staatspolizei - leit - stellen
und
alle Kriminalpolizei - leit - stellen
(mit Ausnahme der Staatspolizei - und Kriminal-
polizei - leit - stellen der in das Reich
eingegliederten Ostgebiete und des Protektorats)

Nachrichtlich

den Ämtern I, II, III, V und VI des Reichssicherheits -
hauptamtes,
den Höheren ^{II} - und Polizeiführern,
den Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD,
den Befehlshabern der Sicherheitspolizei und des SD,
den Kommandeuren der Sicherheitspolizei und des SD,
den Staatspolizei - und Kriminalpolizei - leit - stellen
der in das Reich eingegliederten Ostgebiete und des Pro-
tektorats.

Betrifft: Behandlung der im Reich eingesetzten Zivilarbeiter und
-arbeiterinnen polnischen Volkstums - Fahndung und Fest-
nahme.

Vorgang : Erlass vom 8.3.40 - IV D 2 - 382/40

Anlagen : 2

Mit vorgenanntem; ausschliesslich an die Staatspolizei -
leit - stellen gerichteten Erlass wurden für das staatspolizei-
liche Einschreiten gegen die im Reich eingesetzten Arbeitskräfte
polnischen Volkstums und unter Ziffer 4 für die Fahndung nach
flüchtigen Arbeitskräften polnischen Volkstums einheitliche Richt-
linien gegeben.

Amt V, zur Aufnahme des Flüchtlings in die Zentrale Fahndungskartei weiter.

Zur Vermeidung einer Überbelastung der Dienststellen und Fahndungsmittel soll die Fahndung hierdurch im wesentlichen auf den örtlichen Bereich beschränkt werden. Demgemäss hat auch eine Ausschreibung im Deutschen Fahndungsbuch und eine Fahndung durch Fernschreiben in derartigen Fällen zu unterbleiben.

Die in Ziffer 2 b genannten Karteikarten werden vom Reichssicherheitshauptamt in Auftrag gegeben und sind bei dieser (Materialverwaltung) zu bestellen.

II. Festnahme.

1. Grundsätzlich sind alle Polen, die ohne Ausweis angetroffen werden bzw. eine Aufenthaltsberechtigung für den Ort, an dem sie angetroffen werden, nicht nachweisen können, festzunehmen und dem nächsten Polizei-, notfalls dem nächsten Gerichtsgefängnis zur polizeilichen Verwahrung zuzuführen. (Ich habe die zuständigen Reichsbehörden gebeten, die Dienststellen des Forst- und Bahnschutzes sowie des Zolls mit entsprechenden Weisungen zur Unterstützung der Polizei zu versehen.

Von der Festnahme und dem Verbleib des Festgenommenen ist die zuständige Kriminalpolizei - leit - stelle - Fahndungskartei - unverzüglich zu verständigen.

Die Kriminalpolizei - leit - stelle stellt fest, ob der Festgenommene in der Fahndungskartei vorgemerkt ist. Zutreffendenfalls verständigt sie die ausschreibende und die festnehmende Stelle sowie das Amt V des Reichssicherheitshauptamtes. Ist der Festgenommene in der Fahndungskartei nicht vorgemerkt, verständigt die Kriminalpolizei - leit - stelle das Amt V des Reichssicherheitshauptamtes.

Amt V stellt anhand der Zentralen Fahndungskartei die ausschreibende Stelle fest und verständigt diese sowie die für den Festnahmeort zuständige Kriminalpolizei - leit - stelle und das Amt IV des Reichssicherheitshauptamtes.

2. Für die weitere Behandlung der Festgenommenen ist massgeblich, aus welchem Grunde der Festgenommene seine Arbeitsstelle verlassen hat.

Handelt es sich bei dem Festgenommenen um eine Arbeitskraft polnischen Volkstums, die wegen politischer oder krimineller Verfehlungen ihren Arbeitsplatz verlassen hat, so ist von der

Die inzwischen erfolgte Zuteilung besonderer Aufgaben an das hiernach besonders in die Fahndung eingeschaltete Referat IV C 1 des Reichssicherheitshauptamtes macht eine Entlastung dieses Referats und damit eine Neufassung der Ziffer 4 vorgenannten Erlasses erforderlich.

Es ist daher künftig anstelle der in Ziffer 4 vorgenannten Erlasses gegebenen Weisungen nach folgenden Richtlinien zu verfahren:

I. Fahndung.

Hinsichtlich der Fahndung nach flüchtigen Arbeitern und Arbeiterinnen polnischen Volkstums ist zu unterscheiden, ob kriminelle, politische Gründe oder ein sonstiger Anlass zum Verlassen des Arbeitsplatzes vorliegen.

1. Bei einer Flucht wegen politischer oder krimineller Verfehlungen finden die hierfür gegebenen allgemeinen Erlasse Anwendung.

2. Wird der Arbeitsplatz aus persönlichen Gründen, aus Arbeitsunlust usw. verlassen, ist folgendes Verfahren zu beachten:

a) Die Ortspolizeibehörden melden unverzüglich das Verlassen des Arbeitsplatzes an die örtlich zuständige Staatspolizei - Leitstelle. Die Meldung hat die bei der polizeilichen Anmeldung aufgenommenen genauen Personalien, insbesondere auch den letzten Wohnsitz im Generalgouvernement bzw. in den ins Reich eingegliederten Ostgebieten und des Distrikts bzw. Reg. Bezirks, in dem der Wohnsitz liegt, zu enthalten.

b) Die Staatspolizei - Leit - stelle wertet die Meldung auf Vordruck Gestapa Nr. 14 a für ihre Hauptkartei aus und übersendet Durchschrift der Karteikarte auf Vordruck Gestapa Nr. 15 a (s. Anlage) mit einem nach ebenfalls anliegendem Muster zu erstellenden Formblatt an das Reichssicherheitshauptamt, Referat IV C 1, je ein weiteres Formblatt übersendet sie der örtlich zuständigen Kriminalpolizei - Leit - stelle und der für den Heimatort des Flüchtlings zuständigen Dienststelle der Geheimen Staatspolizei im Generalgouvernement bzw. in den Ostgebieten.

c) Die Kriminalpolizei - Leit - stelle nimmt den Flüchtling in die Fahndungskartei auf unter dem Aktenzeichen der Staatspolizeistelle und dem Kennwort "Flüchtiger polnischer Arbeiter" und leitet das ihr übersandte Formblatt an das Reichssicherheitshauptamt,

Kriminalpolizei - leit - stelle des Ergreifungsortes die für die Sachbearbeitung zuständige Dienststelle der Sicherheitspolizei zu unterrichten (soweit diese nicht bereits als ausschreibende unterrichtet ist) und im Einvernehmen mit dieser das Erforderliche zu veranlassen.

Handelt es sich bei dem Festgenommenen um eine Arbeitskraft polnischen Volkstums, die aus persönlichen Gründen, aus Arbeitsunlust usw. den Arbeitsplatz verlassen hat, übernimmt die von der Kriminalpolizei - leit - stelle des Ergreifungsortes über die Festnahme unterrichtete, für den verlassenen Arbeitsplatz des Festgenommenen zuständige Staatspolizei - leit - stelle die Sachbearbeitung des Falles und veranlasst je nach Sachlage des Einzelfalles und nach der räumlichen Entfernung entweder die Überstellung des Festgenommenen in ihren Dienstbereich oder dessen Überführung in ein Konzentrations- bzw. Arbeitserziehungslager in der üblichen Weise.

Falls die Festnahme unmittelbar von einer Dienststelle der Geheimen Staatspolizei erfolgt, kann von dieser die Meldung und Anfrage an das Referat IV C 1 des Reichssicherheitshauptamtes, das durch das Amt V alle Festnahmemeldungen erhält bzw. diese an das Amt V weitergibt, gerichtet werden. Es obliegt ihr dann die entsprechende Unterrichtung der für den Arbeitsplatz zuständigen Staatspolizei - leit - stelle.

Zur Vermeidung einer übermäßigen Überlastung der Nachrichtenübermittlung haben sämtliche Anfragen und Meldungen tunlichst auf schriftlichem Wege zu erfolgen.

3. Handelt es sich bei dem Festgenommenen Polen nicht um eine unter Ziffer II, 2 genannte Person, ist je nach Lage des Einzelfalles zu verfahren. In Zweifelsfragen hat die für die Sachbearbeitung zuständige Dienststelle der Geheimen Staatspolizei oder der Kriminalpolizei dem Reichssicherheitshauptamt (falls nicht die Zuständigkeit eines besonderen Referats gegeben ist, an IV D 2) zu berichten und eine Entscheidung einzuholen.

Dieser Erlass ist zur Weitergabe an die Kreis- und Ortspolizeibehörden bestimmt.

4

Zusatz: für die Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD sowie für die Staatspolizei- und Kriminalpolizei - leitenstellen der in das Reich eingegliederten Ostgebiete.

In vielen Fällen werden diejenigen Arbeitskräfte polnischen Volkstums, die ihren Arbeitsplatz aus persönlichen Gründen, aus Arbeitsunlust usw. verlassen, bemüht sein, in ihren Heimatort im Generalgouvernement bzw. in die neuen Ostgebiete zurückzukehren. Die für den Heimatort zuständige Dienststelle der Geheimen Staatspolizei wird daher von der für den verlassenen Arbeitsplatz zuständigen Staatspolizei - leitenstelle unterrichtet und hat ihrerseits auch die in ihrem Bereich zuständige Dienststelle der Kriminalpolizei zu verständigen. Bei Feststellung der Rückkehr des Flüchtlings ist dieser festzunehmen und nach den unter II gegebenen Richtlinien zu verfahren.

Im Auftrage:

gez. M ü l l e r



Beglaubigt:

W. Müller
Kanzleiangeestellte

Geheime Staatspolizei
Staatspolizei-leit-stelle

den

Betrifft: Flüchtiger polnischer Arbeiter.

Der polnische Zivilarbeiter

Familiennamen: _____

Vornamen (Rufnamen unterstreichen): _____

Geb.am _____ in _____ Kreis _____

hat am _____ seinen Arbeitsplatz in _____

Kreis _____ unerlaubt verlassen.

Letzter Wohnsitz im ehemaligen Polen: _____

Kreis _____ Distrikt _____
bezw. Reg.Bez. _____

Für den örtlichen Bezirk sind Fahndungsmaßnahmen eingeleitet.

Im Auftrage:

Vermerk:

Je nachdem, ob das Formblatt an das Reichssicherheitshauptamt IV C 1 oder an die für den Heimatort des Flüchtlings zuständige Dienststelle der Sicherheitspolizei oder an die Kriminalpolizei-leit-stelle zu senden ist, ist auf die Formblätter eine der folgenden Anschriften zu setzen:

1. An das

Reichssicherheits-
hauptamt
- IV C 1 -

B e r l i n S W 11
Prinz Albrechtstr. 8

2. An den

Kommandeur der Sicher-
heitspolizei und des
SD für den Distrikt

An die
Staatspolizei-leit-
stelle

3. Über die

Kriminalpolizei-
leit-stelle

an das
Reichssicherheits-
hauptamt
- Amt V -

B e r l i n C 2
Werderscher Markt
5 - 6.

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20		
Name: (bei Frauen auch Geburtsname)										IP		Wohnung: (Zeit der Eintragung einsehen)					Personalakte:				
Vorname:																					
Geburtsdag u. -ort:																	Bildmerk:				
Beruf:																	Finger-Abdruck- Karte:				
Familienstand:																	Schriftprobe:				
Staatsangehörigkeit:																					
Doch- Name: Adresse:																					
Politische Einstellung:										Glaubens- bekenntnis:											
Datum Auftragung		Sachverhalt															Staatspolizei-leit-stelle Geschäftszeichen				
8		<u>Flüchtiger polnischer Arbeiter!</u> Hat am seinen Arbeitsplatz in Kreis unerlaubt verlassen. Letzter Heimatwohnt: Distrikt: Kreis: bzw. Reg. Bez. Fahndungsmaßnahmen sind eingeleitet.															Stapo G.St. Nr. 13a.				

Datum der Aufrufung	Sachverhalt	Staatspolizei-leit-stelle, Geschäftszeichen

A 18

Generalstaatsanwaltschaft
am Kammergericht

124164

(RSHA)

A b s c h r i f t

FS.-Nr. 10064

6. Juni 1940.

Fernschreiben.

Berlin Nue 99938

6.6.1940

1500

An

alle Staatspolizeistellen und
Staatspolizei-leit-stellen
im Reichsgebiet.

Dringend! Sofort vorlegen!

Einschl. der Stapo~~leit~~stelle Danzig,

jedoch ausser den sonstigen Stapo(Leit)stellen in den neuen Ostge-
bieten, -

Nachrichtlich an alle SD.-Leitabschnitte u. SD.-Abschnitte
im Reichsgebiet. -

Einschl. d. SD-Leitabschnitts Danzig, jedoch ausser den sonstigen
SD-Leit (Abschnitten) in den neuen Ostgebieten, -

Betr.: Behandlung der im Reich einges. Polen poln. Zivilarbeiter
hier Gleichstellung von Ukrainern mit Nationalpolen.-

Vorg: Ohne.

In letzter Zeit haben die Ukrainische Vertrauensstelle in
Berlin und verschiedene andere Dienststellen hier dringende Vor-
stellungen erhoben, weil zahlreiche Ortspolizeibehörden polnische
Zivilarbeiter ukrainischen Volkstums dazu zwingen, die nach
der Polizei V.O. des Herrn Reichsministers des Innern v.8.3.1940-
Pol.S. IV D 2 - Nr. 382/40 - für Arbeiter polnischen Volkstums
vorgesehenen Erkennungszeichen zu tragen, unter den Ukrainern, die
allgemein als tüchtige Arbeiter gelten, jedoch in schärfstem
Gegensatz zu den Polen stehen und jede Gemeinschaft mit diesen
ablehnen, herrscht infolge dessen starke Empörung und Erbitterung
über die Gleichstellung mit den Arbeitern polnischen Volkstums.
Ich weise darauf hin, dass die Polizeiverordnung, wie in § 1
klar zum Ausdruck gebracht ist, nur auf Arbeiter und Arbeite-
rinnen polnischen Volkstums anzuwenden ist. Zivilarbeiter, die
sich glaubhaft als Ukrainer ausweisen können (Ausweise der
ukrainischen Vertrauensstelle in Berlin sowie ukrainischer Komit-
tees in den neuen Ostgebieten und im Gen.Gouvernement bzw. Nachweis
dass sich die betr. Person zum griechischkatholischen Glauben
bekennt) fallen daher nicht unter die genannte Polizeiverordnung.

Ein

Ein Runderlass, der die Behandlung der ukrainischen Zivilarbeiter allgemein regelt und insbesondere auch bestimmt, inwieweit die Vorschriften der RD.Erlasse v. 8.3.1940 über die Behandlung der im Reich eingesetzten Arbeiter und Arbeiterinnen poln. Volkstums auf die Ukrainer anzuwenden ~~ist~~ sind, ergeht in Kürze. Ich ersuche, die Reg. Präsidenten, die Landräte und Ortspolizeibehörden des dortigen Bezirks beschleunigt im Sinne der vorstehenden Ausführungen zu unterrichten. -

Reichssicherheitshauptamt 4 D 2. A
Nr. 3384/40

I.V. gez. Miller.

A 19

Generalstaatsanwaltschaft
dem Kammergericht

124164

(RSHA)

Der Reichsführer ^{II} und Chef
der Deutschen Polizei im Reichs-
ministerium des Innern

S IV D 2 a - 3382/40

Berlin, den 12. Juni 1940

2259012
12. JUNI 1940
29 H.R.

An den

Herrn Reichskommissar für das Saarland,
die Herren Reichsstatthalter in der Ostmark,
die Landesregierungen - Innenministerien -
die Herren Regierungspräsidenten
in Preußen, Bayern, Sachsen, Sudetengau und Danzig,
den Herrn Polizeipräsidenten in Berlin. *Trifft mit Brief.*

Betrifft: Behandlung der im Reich eingesetzten polnischen
Zivilarbeiter - hier Vordruckbestellung -.

Vorgang: Erlasse vom 8.3.40 und 20.3.40/- IV D 2 - 382/40

Gemäss Erlass vom 20.3.40 sind Vordruckbestellungen
für das zweite Vierteljahr des Rechnungsjahres 1940 bis zum
15.6.40 hier anzumelden. Da die Vordrucke neu hergestellt werden
müssen und die Versendung infolge der z.Zt. bestehenden schwie-
rigen Verkehrsverhältnisse erhebliche Zeit in Anspruch nimmt,
bitte ich um möglichste Innehaltung des Termins.

Ferner weise ich darauf hin, dass hier noch immer
zahlreiche Bestellungen unmittelbar von Kreis- und Ortspolizei-
behörden, für die bereits seitens der höheren Verwaltungsbe-
hörde Bestellungen aufgegeben wurden, eingehen. Zur Vermeidung
einer Doppelbelieferung und unnötigen Schriftwechsels bitte
ich daher, die betreffenden Stellen nochmals darauf hinzuwei-
sen, dass sämtliche Vordruckbestellungen bei den höheren
Verwaltungsbehörden zu erfolgen haben. Auch ist nicht an-
gänglich, von dort Bestellungen zwecks unmittelbarer Zuleitung

an Landräte und Ortspolizeibehörden aufzugeben. Vielmehr die Verteilung der Vordrucke durch die höheren Verwaltungsbehörden zu erfolgen.

Ich bitte, bei den Bestellungen die zu erwartende Überführung eines Teiles der polnischen Kriegsgefangenen das zivile Arbeitsverhältnis in Betracht zu ziehen.

Im Auftrage:

gez. B a a t z



Beglaubigt:

Kanzleiangestellter

10.2759 a 67.

hr

Kaufmann & Co. h.W.

Bayer. Staatsmin. d. Innern	
(Werkz. 26) 19. JUNI 1940	
Nr.	3. II.
Nr.	6084e 3

gep. Carl Gustaf Adolf von Mecklenburg

München, 17. Juni 1940.

H. G. 29.

Winn

28

Winn

A 20

Generalstaatsanwalt
dem Kammergericht

1 7 4 1 6 4

(RSHA)

Berlin, den 10. Juli 1940

IV D 2 - 3382/40

S c h n e l l b r i e f

An den

Herrn Reichskommissar für das Saarland,
die Herren Reichsstatthalter in der Ostmark,
die Landesregierungen - Innenministerien,
die Herren Regierungspräsidenten
in Preußen, Sachsen, Bayern, Sudetengau, Posen,
den Herrn Polizeipräsidenten in Berlin,

Nachrichtlich

den Herren Reichsverteidigungskommissaren,
den Herren Reichsstatthaltern,
den Herren Oberpräsidenten in Preußen.

Betrifft: Behandlung der im Reich eingesetzten Zivilarbeiter und
-arbeiterinnen polnischen Volkstums - hier: Freilassung
polnischer Kriegsgefangener.

Begrunder: Erlass vom 3.3.40 - S IV D 2 - 382/40. 2259 a 25 20/6. 20/6. 20/6.

Nach Mitteilung des Oberkommandos der Wehrmacht wird
die Freilassung der polnischen Kriegsgefangenen in allen Wehr-
kreisen durchgeführt. Zur Freilassung kommen hierbei alle arbeits-
fähigen polnischen Kriegsgefangenen, ausgenommen

- a) alle in der Grenzzone befindlichen Kriegsgefangenen,
soweit diese im Operationsgebiet liegt,
- b) alle Offiziere, Fähnriche und Unteroffiziere, letztere,
soweit sie sich nicht zur Arbeit gemeldet oder solche bei Zu-
weisung willig aufgenommen haben,
- c) die sogenannte Intelligenz,
- d) völkische Minderheiten, z.B. Ukrainer und Weissrussen,
ferner evtl. noch vorhandene polnische Juden und Zivilpersonen,
- e) arbeitsscheue, bestrafte, unzuverlässige und verdächtige
Elemente,
- f) für Wehrmachtzwecke eingesetzte Kriegsgefangene.

Reichsministerium des Innern

Empfang: 16 JUL 1940

2259 a 25

29 J.R.

HSIA München, Aug. SIA.
Mitt. 71432

Die unter a) - f) aufgeführten Personen verbleiben bis auf weiteres in der Kriegsgefangenschaft.

Die Freilassungen erfolgen ausschließlich unter der Bedingung, dass jeder einzelne Kriegsgefangene sich schriftlich verpflichtet, bis zur endgültigen Entlassung durch das Arbeitsamt in die Heimat als Zivilarbeiter jede ihm vom Arbeitsamt zugewiesene Arbeit zu verrichten und seine Arbeitsstelle ohne Genehmigung des Arbeitsamtes oder der Polizei nicht zu verlassen.

Mit der Freilassung scheiden die Kriegsgefangenen aus dem Gewahrsam der Wehrmacht aus und werden damit Zivilarbeiter. Sie sind dementsprechend nach den Vorschriften betr. die Behandlung der im Reich eingesetzten Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums zu behandeln.

Die freizulassenden Kriegsgefangenen werden an das für den Betriebsort zuständige Arbeitsamt übergeben. Sie werden bei der Freilassung von dem Arbeitsamt mit der Arbeitskarte, von dem Stalag mit den vorgeschriebenen Kennzeichen (s. Polizeiverordnung über die Kenntlichmachung im Reich eingesetzter Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums vom 8. März 1940) versehen.

Um die polizeiliche Erfassung der Freigelassenen zu erleichtern, sind die Stalags gehalten, den für den Betriebsort zuständigen Ortspolizeibehörden von dem genauen Ort und Zeitpunkt der Freilassung rechtzeitig Kenntnis zu geben. Die zur Freilassung kommenden Kriegsgefangenen selbst werden darauf hingewiesen, dass sie sich innerhalb 24 Stunden bei der Ortspolizeibehörde zu melden haben.

Ich gebe hiervon Kenntnis und bitte, die nachgeordneten Dienststellen auf die Behandlung der zur Entlassung kommenden

Kriegsgefangenen gemäss den Vorschriften meines Erlasses vom 8.3.40 - S - IV D 2 - 382/40 - hinzuweisen.

Ich stelle anheim, je nach den örtlichen Verhältnissen im Einvernehmen mit den Dienststellen der Wehrmacht und den Arbeitsämtern die in Ziffer 1 bis 3 meines Runderlasses vom 8.3.40 angeordneten Maßnahmen gleich bei der Freilassung der Kriegsgefangenen durchzuführen.

Ferner ist zu prüfen, ob nicht in Betrieben, in denen ein geschlossener Einsatz von (vor allem nunmehr aus der Kriegsgefangenschaft entlassenen und an Beaufsichtigung gewöhnten) Polen erfolgt, die Bestellung eines geeigneten deutschen Betriebsangehörigen, der im Betrieb den Polen gegenüber eine leitende Stellung einnimmt (z. B. Gutsinspektor oder Lagerführer), zum Hilfspolizeibeamten zweckmässig ist, um dieser Person den Polen gegenüber eine noch grössere Autorität zu verleihen.

Die Bestellung zum Hilfspolizeibeamten erfolgt durch die Kreispolizeibehörde, soweit nicht in einzelnen Bezirken die Bestellung bereits durch die zuständige Staatspolizeistelle vorgenommen bzw. noch vereinbart wird. Die hiernach die Bestellung vornehmende Dienststelle hat die Aufsicht über die von ihr zum Hilfspolizeibeamten bestellte Person zu führen. In jedem Fall ist vor der Bestellung zum Hilfspolizeibeamten der Betreffende durch die zuständige Staatspolizeistelle zu überprüfen, die diesem auch besondere Aufgaben zuweisen kann; die Aufsicht über die Durchführung dieser Aufgaben führt in jedem Fall die Staatspolizeistelle. Der Hilfspolizeibeamte hat eine Armbinde mit entsprechender Aufschrift zu tragen.

HSIA München, Allg. SIA.

Im übrigen teile ich in diesem Zusammenhang mit, dass nach einer Weisung des Oberkommandos der Wehrmacht die wesentlichen Kriegsgefangenen beim Arbeitseinsatz möglichst nicht in denselben Orten, keinesfalls aber in denselben Arbeitsstellen, oder Unterkünften zusammen mit den polnischen Kriegsgefangenen oder polnischen Zivilarbeitern eingesetzt bzw. untergebracht werden sollen.

In Vertretung:

gez. H e y d r i c h



Beglaubigt:
Gietrich
Anzeigengestellte

Nr. 2759 a 75.

Zuständigkeitshalber an

Sachgebiet 27

weitergeleitet.

München, den 18. Juli 1940

Abteilung V:

Wimmer

Bayer. Staatsmin. d. Innern	
(IX.7) 20. JULI 1940	
Akt	...
Nr.	...

A 21

Generalstaatsanwalt
dem Kammergericht

174164

(RSHA)

Reichsführer ~~SS~~
Chef der Deutschen Polizei
Reichsministerium des Innern

S IV D 2 - 3382/40

Berlin, den 10. Juli 1940

S c h n e l l b r i e f

An

alle Staatspolizeileit- und Staatspolizeistellen
(mit Ausnahme der Staatspolizeileit- und
Staatspolizeistellen der in das

Reich eingegliederte **Preyer. Staatsminist. d. Innern**
Ostgebiete).

16. JULI 1940

Akt

Beil.

Nr.

Nachrichtlich

den Höheren ~~SS~~ und Polizeiführern,

den Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD,

den Befehlshabern der Sicherheitspolizei und des SD,

den Kommandeuren der Sicherheitspolizei und des SD,

den Staatspolizeileit- und Staatspolizeistellen
der in das Reich eingegliederten Ostgebiete,

den Ämtern I, II, III, V und VI des Reichssicherheitshauptamtes.

Betrifft: Behandlung der im Reich eingesetzten Zivilarbeiter und
-arbeiterinnen polnischen Volkstums - hier: Freilassung
polnischer Kriegsgefangener.

Bezug: Erlass vom 8.3.40 - S IV D 2 - 3382/40

Anlagen: 1 geh.

In der Anlage übersende ich Abschrift meines Erlasses
vom heutigen Tage an die Höheren Verwaltungsbehörden über Frei-
lassung polnischer Kriegsgefangener und deren Überführung in das
zivile Arbeitsverhältnis.

Es ist selbstverständlich, dass auf die zur Freilassung

HSIA München, Allg. StA.

71632

kommenden Kriegsgefangenen polnischen Volkstums auch meine an die Staatspolizei - leit - stellen gerichteten Erlasse zu die Behandlung der im Reich eingesetzten Zivilarbeiter und arbeiterinnen polnischen Volkstums Anwendung finden.

Die zur Entlassung kommenden Kriegsgefangenen sind Möglichkeit anhand des Sonderfahndungsbuches Polen zu über. Sollten sich zur Freilassung kommende Kriegsgefangene während der Zeit ihres Arbeitseinsatzes als Kriegsgefangene derart Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin bzw. ein derartiges unsittliches Verhalten haben zuschulden kommen lassen, dass von vornherein ihr Einsatz als Zivilarbeiter eine Gefahr bedeutet, so bin ich damit einverstanden, dass gegen die Befanden sofort nach der Freilassung entsprechend den ergangenen Bestimmungen vorgegangen wird.

Bei der Überprüfung der als Hilfspolizeibeamte vorgesehenen Betriebsangehörigen ist darauf zu achten, dass nur Personen ausgesucht werden, die über die nötige Eignung für die Behandlung der Polen verfügen und darüber hinaus evtl. der Lage sind, besondere staatspolizeiliche Aufgaben (z.B. Postüberwachung) auf Grund besonderer Beauftragung durchzuführen.

In Vertretung:

gez. H e y d r i c h



Erglaubigt:
Dietrich
Kanzleiangestellter

A 22

Generalstaatsanwalt
am Kammergericht

13 4/64

(RSHA)

4/13
vom 4/64
Der Reichsführer SS
und Chef der Deutschen Polizei
im Reichsministerium des Innern

1
Berlin, den 3. September 1940

S - IV D 2 - 3382/40

An

die im nachgehefteten Verteiler I
näher bezeichneten Dienststellen
(höhere Verwaltungsbehörden)

Betrifft: Behandlung der im Reich eingesetzten Zivilarbeiter
und -arbeiterinnen polnischen Volkstums.

Besug: Erlaß vom 8. 3. 1940 - S - IV D 2 - 382/40.

Verschiedene Anfragen über die Durchführung der Reichs-
polizeiverordnung vom 8. 3. 1940 und meine unter oben genann-
tem Betreff ergangenen Anordnungen geben mir zu folgenden Er-
läuterungen bzw. Ergänzungen Anlaß:

1. Feststellung des den vorgenannten Bestimmungen
unterliegenden Personenkreises.

Das Schreiben des Herrn Reichsmarschalls Göring vom
8. 3. 1940, das die Grundlage aller dieser Vorschriften bildet,
ist zur Regelung des Masseneinsatzes von Arbeitskräften polni-
schen Volkstums aus den eingegliederten Ostgebieten und dem
Generalgouvernement ergangen. Daraus ergibt sich:

a) Die genannten Bestimmungen finden keine Anwendung auf
diejenigen Arbeitskräfte, die nicht im Rahmen des Massenein-
satzes zum zivilen Arbeitseinsatz in das Reich gebracht sind.
Da der Masseneinsatz polnischer Arbeitskräfte erst seit dem
deutsch-polnischen Krieg erfolgt ist, ist als Stichtag der
1. 9. 1939 anzusehen. Vor diesem Stichtag ins Reich gekommene
Arbeitskräfte unterliegen daher nicht den ergangenen Vor-
schriften. Hingegen gilt jede Arbeitskraft polnischen Volks-

tung, die nach diesem Stichtag zum zivilen Arbeitseinsatz im Reich eingesetzt worden ist, als im Rahmen des Masseneinsatzes eingesetzt und unterliegt den ergangenen Vorschriften über die Behandlung bzw. Kennzeichnmachung der im Reich eingesetzten Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums.

b) Auf die dem polnischen Volkstum nicht angehörenden Arbeitskräfte aus den Generalgouvernement und den neuen Ostgebieten finden diese Bestimmungen keine unmittelbare Anwendung, sofern ihre nichtpolnische Volkstumszugehörigkeit erwiesen ist. Diese Arbeitskräfte haben den Nachweis der nichtpolnischen Volkstumszugehörigkeit selbst zu führen und unterliegen bis zur Erbringung dieses Nachweises allen für die Arbeitskräfte polnischen Volkstums geltenden Bestimmungen (insbesondere auch der Kennzeichnung). Dies gilt vor allem für

aa) Arbeitskräfte, die sich auf eine Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum berufen.

Für die Erteilung von Volksdeutschen-Ausweisen sind zuständig

im Reichsgau Wartheland

die bei den Landräten eingerichteten Dienststellen der "Deutschen Volksliste"

in den übrigen neuen Ostgebieten

z. Zt. die Kreisleiter der NSDAP.,

im Generalgouvernement

die Dienststellen der Volksdeutschen Gemeinschaft

bb) Ukrainer, Weißruthenen, Großrussen.

Der Nachweis der Zugehörigkeit zu einer der vorgenannten Volksgruppen wird durch eine Bescheinigung der für die jeweilige Volksgruppe zuständigen Vertretungsstelle, für die

Ukrainer auch der ukrainischen Hilfskomitees in Generalgouvernement erbracht. Die Bescheinigungen sind mit einem Lichtbild versehen.

Die Anschriften der Vertrauensstellen sind:

Ukrainische Vertrauensstelle, Berlin, Bayerischer Platz 3,
Weißruthenische Vertrauensstelle, Berlin, Agricolastr. 17,
Großrussische Vertrauensstelle, Berlin, Bleibtreustr. 27.

Da die Ukrainer ausschließlich dem griechisch-orthodoxen oder griechisch-unierten Religionsbekenntnis angehören, kann als vorläufiger Nachweis der ukrainischen Volkstumszugehörigkeit auch die Eintragung des griechisch-orthodoxen oder griechisch-unierten Religionsbekenntnisses in Ausweisen deutscher Behörden oder in früheren polnischen Militärpapieren und Pässen gelten. Bei den Weißruthenen kann entsprechend der Nachweis des griechisch-orthodoxen Religionsbekenntnisses gewertet werden.

cc) Kaschuben aus den Regierungsbezirken Danzig und Bromberg,

Masuren aus den Kreisen Soldau und Suwalki,
Slonsaken aus dem Regierungsbezirk Kattowitz.

Der Nachweis der Zugehörigkeit zu diesen Gruppen wird durch eine Bescheinigung der für den Heimatort zuständigen Ortspolizeibehörde erbracht. Bei den Masuren der erwähnten Kreise genügt als vorläufiger Nachweis eine Bescheinigung über die evangelische Konfession des Betreffenden.

c) Da die Entscheidung über die Volkstumszugehörigkeit eines Teiles der Bevölkerung Ostoberschlesiens z. Zt. noch nicht eindeutig getroffen werden kann, ist es erforderlich, die Behandlung der aus diesem Gebiet kommenden Arbeitskräfte im Reich so zu gestalten, daß auch hierbei der endgültigen Entscheidung nicht vorgegriffen wird. Den aus den ehemals preußisch-oberschlesischen

oder Österreichisch-schlesischen Teilern Ostoberschlesiens einschließlich des westlich der Sola gelegenen Teiles des Kreises Bielitz (s. Anlage) kommenden Arbeitskräften ist daher, soweit ihre Volkstumszugehörigkeit (s. B. durch Volksdeutschen-Ausweis oder Bekanntnis zum Polentum) noch nicht festgestellt, und sie sich heute noch auf eine Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum berufen, aufzuverlegen, eine Bescheinigung der für ihren Heimatbesitz zuständigen Ostpolizeibehörde beizubringen, aus der hervorgeht, ob sie als Polen (nach den unter dem 8. 3. 1940 getroffenen Anordnungen) zu behandeln sind oder nicht. Bis zur Beibringung der Bescheinigung, daß sie nicht als Polen im vorerwähnten Sinne zu behandeln sind, unterliegen auch diese Arbeitskräfte den unter obigen Betreff ergangenen Anordnungen und insbesondere auch der Kennzeichnung.

Um den Gefahren zu begegnen, die durch den Einsatz der unter b) und c) aufgeführten Fremd- oder gemischtvölkischen Arbeitskräfte einerseits und dem Fortfall ihrer Kennzeichnungspflicht andererseits drohen, ist es erforderlich, sie durch Verlesung der Ziffern 1, 5, 7 und 9 des für die Arbeitskräfte polnischen Volkstums geltenden Merkblattes eindringlich vor disziplinlosem Verhalten und insbesondere vor der Annäherung an deutsche Frauen zu warnen (falls erforderlich, kann das genannte Merkblatt auch in ukrainischer Sprache von hier bezogen werden). Ich habe den Ostpolizeibehörden - leit - stellen Anweisung gegeben, daß bei Verstößen in dieser Hinsicht, die ihnen von den Ostpolizeibehörden mitzuteilen sind, auch diese Fremd- bzw. gemischtvölkischen Arbeitskräfte entsprechend

den für die Polen geltenden Bestimmungen behandelt werden. Darüber hinaus sind die Ziffern 1 und 2 meines oben angezogenen Erlasses entsprechend auch auf diese Arbeitskräfte anzuwenden.

Die Volkstumszugehörigkeit ist jeweils am Kopf der Aufenthaltsanzeige und der Karteikarte zu vermerken.

Bei den unter 2) aufgeführten Personen würde die Auftragung lauten: "... ungeklärten Volkstums".

2. Ausländerpolizeiliches Überprüfungsverfahren.

In Anbetracht der durch die Kriegsverhältnisse bedingten Arbeitsüberlastung aller Dienststellen kann bei der Durchführung des nach Nr. 8 der Dienstanweisung (Teil I) zu § 3 der Ausländerpolizeiverordnung vorgeschriebenen Überprüfungsverfahrens von der Anfrage bei den Staatspolizei - leit - stellen abgesehen werden. Die dem entgegenstehende Anordnung in Ziffer 1a des oben angezogenen Erlasses hebe ich auf.

3. Arbeitskarte und Aufenthaltserlaubnis.

Die Arbeitskarte wird sowohl für polnische Arbeitskräfte aus dem Generalgouvernement als auch für polnische Arbeitskräfte aus den neuen Ostgebieten erstellt. Bei Neudruck der Arbeitskarten wird das Reichsarbeitsministerium für einen entsprechenden Ausdruck Sorge tragen.

Die Arbeitskarte gilt auch als Paßersatz im Sinne des § 36 der Paßbekanntmachung vom 7. 6. 1932 (RGBl. I S. 257). Es ist daher nicht erforderlich, Arbeitskräfte polnischen Volkstums zusätzlich noch mit einem besonderen Fremdenpaß usw. zu versehen.

Ein Vermerk über die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis gemäß Nr. 16 der Dienstanweisung (Teil I) zu § 3 der Ausländerpolizeiverordnung auf die Arbeitskarte ist nicht erforderlich. Die

Aufenthaltsanmeldung gilt mit der Aushandigung der mit Licht-
bild und Fingerabdruck versehenen Arbeitskarte durch die Orts-
polizeibehörde als für den in der Arbeitskarte (Grün- bzw.
Grauzettel) bestimmten Arbeitsort erteilt.

4. Wechsel von Arbeitsplätzen.

Die Arbeitnehmer sind gehalten, von jedem Arbeitsplatz-
wechsel der für den bisherigen Arbeitsplatz zuständigen Orts-
polizeibehörde Kenntnis zu geben, da den Arbeitkräften polni-
schen Volkstums seitens der Ausländerpolizeibehörde nur erlaubt
wird, an dem bestimmten Arbeitsplatz zu arbeiten. Die Ortspoli-
zeibehörden haben die Kreispolizeibehörden als Ausländerpolizei-
behörden hiervon zu unterrichten (Berichtigung der Kartei usw).

Für den neuen Arbeitsplatz zu erstellende Grün- bzw.
Grauzettel wird durch das Arbeitsamt der für den neuen Arbeits-
platz zuständigen Ortspolizeibehörde zugeleitet. Dieser klebt
anlässlich der polizeilichen Anmeldung den Grün- bzw. Grauzettel
in die Arbeitskarte ein. Hierbei ist (wie schon bei der erstma-
ligen polizeilichen Behandlung der Arbeitskarte) der Rand des
eingeklebten Grün- bzw. Grauzettels mit Dienstsiegel zu stem-
peln und zwar in der Weise, daß ein Teil des Stempels auf dem
Grün- bzw. Grauzettel, der andere Teil sich auf der Arbeitskar-
te befindet. Von der vollzogenen Anmeldung haben die Ortspolizei-
behörden ihrer Kreispolizeibehörde (mittels Aufenthaltsanzeige)
Mitteilung zu machen.

Liegt der neue Arbeitsplatz im Bereich einer anderen
Ausländerpolizeibehörde, so fordert diese alsdann von der für
den bisherigen Arbeitsplatz zuständigen Ausländerpolizeibehörde
die über die Arbeitskraft polnischen Volkstums vorhandenen Unter-
lagen (Akten und Karteikarte) an und benachrichtigt das Reichs-

Sicherheitshauptamt durch Postkarte unter Angabe der genauen Personalien von dem Arbeitsplatzwechsel unter Angabe des neuen Arbeitsplatzes zur Berichtigung der im Reichssicherheitshauptamt geführten Kartei. Die Ausländerpolizeibehörde des bisherigen Arbeitsplatzes legt bei Versendung der Unterlagen eine Karteikarte ohne Lichtbild an, auf der die Versendung vermerkt wird.

Entsprechend ist zu verfahren, wenn ein Arbeitsplatzwechsel aus polizeilichen Gründen (etwa im Anschluß an eine Haft) vorgenommen werden sollte. Die bei den Ausländerpolizeibehörden vorhandenen Unterlagen (Akten und Karteikarte) haben daher auch bei diesen zu verbleiben, wenn etwa die Einweisung der Arbeitskraft polnischen Volkstums in ein Konzentrationslager erforderlich wird. Die Staatspolizei - leit - stellen werden von der Einweisung in ein Konzentrationslager Ausländerpolizeibehörde, Arbeitsamt und Reichssicherheitshauptamt unterrichten und bei der Entlassung aus dem Konzentrationslager die Arbeitskraft polnischen Volkstums dem Arbeitsamt überweisen.

Auf diese Weise wird bei Arbeitsplatzwechsel die Neuausstellung von Karteikarten mit Lichtbild und Neuabnahme der Fingerabdrücke vermieden.

Bei etwaiger Rückkehr von Arbeitskräften in die Heimat verbleiben die Unterlagen bei der Ausländerpolizeibehörde des letzten Arbeitsortes. Das Reichssicherheitshauptamt ist auch in diesem Falle zu unterrichten.

5. Aufenthaltszwang am Arbeitsort.

(Ziff. 1 d, bb des oben angezogenen Erlasses)

Es besteht Veranlassung, auf die strikte Einhaltung der den Polen obliegenden Aufenthaltspflicht am Arbeitsort hinzuweisen. Besonders gilt dies für die Arbeitskräfte polnischen Volkstums, die

in der Nähe von Städten beschäftigt sind. Es konnte festgestellt werden, daß die Arbeitskräfte polnischen Volkstums in ihrer Freizeit sich in die nahe gelegenen Städte begeben, wo sie den Einflüssen der Stadt und den Einflüsterungen dort tätiger Polen ausgesetzt sind. Häufig war dies der Anlaß für eine unerlaubte Aufgabe der Arbeitsplätze auf dem Lande.

Im Zusammenhang hiermit wird darauf hingewiesen, daß auch der Besitz von Fahrrädern den Polen häufig das Verlassen der Arbeitsplätze erleichtert hat. Es ist daher - nötigenfalls durch Ergänzung der von dort erlassenen Polizeiverordnungen - Vorkehrungen zu treffen, daß Polen nicht in den Besitz von Fahrrädern gelangen; soweit sie bereits Fahrräder erworben haben, haben sie diese zu veräußern. Macht der Arbeitsinsats eine Benutzung von Fahrrädern, die von Arbeitgeber zu stellen sind, durch Polen erforderlich, so hat der Polen hierfür durch die örtliche Polizeibehörde ein Berechtigungsschein auszustellen.

6. Merkblatt für die Arbeitgeber.

Das in Ziffer 4 des oben angesprochenen Erlasses vorgesehene Merkblatt für deutsche Betriebsführer betrifft sowohl die Behandlung von Zivilarbeitern polnischen Volkstums aus dem Generalgouvernement wie aus den neuen Ostgebieten. Dies ist bei der Herausgabe von Merkblättern im Kopf entsprechend zu vermerken.

7. Beauch deutscher Veranstaltungen kirchlicher Art.

Der Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten hat inzwischen unter dem 13. 6. 1940 einen Erlaß über die kirchliche Behandlung der Arbeitskräfte polnischen Volkstums herausgegeben. Bis auf weitereweisung ist an den durch die dortigen

Polizeiverordnungen herausgegebenen Verbot jeglicher Teilnahme von polnischen Arbeitskräften an Gottesdiensten für die deutsche Bevölkerung festzuhalten.

8. Kennzeichnung.

Die getroffenen Feststellungen geben Veranlassung dringend darauf hinzuweisen, daß die auf Grund der Polizeiverordnung des Herrn Reichsministers des Innern vom 8. 3. 1940 über die Kennzeichnung im Reich eingesetzter Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums vorgeschriebenen Kennzeichen auf der rechten Brustseite nicht nur der Oberkleidung (und zwar hier stets deutlich sichtbar), sondern eines jeden Kleidungsstückes getragen und mit diesen Kleidungsstücken fest (nicht nur z. B. durch einzelne Stiche oder Nadeln) verbunden werden müssen.

Für die straffe Durchführung dieser Anordnungen sind in Anbetracht der wiederholten Klagen gerade in dieser Beziehung die Kreispolizeibehörden besonders verantwortlich zu machen.

9. Unterbringung.

In einzelnen Landkreisen ist dort, wo sich eine geschlossene Unterbringung nicht als möglich erwiesen hat, dafür Sorge getragen worden, daß männliche Arbeitskräfte polnischen Volkstums, die in von deutschen Frauen (ohne männliche Hilfe aus der Verwandtschaft) geleiteten Betrieben beschäftigt sind, ein Quartier in anderen Betrieben, die von deutschen Männern geleitet werden, erhalten. Ich halte diese Maßnahme für sehr zweckdienlich, um den bekannten unerfreulichen Verhältnissen vorzubeugen, und ersuche nach Möglichkeit Entsprechendes zu veranlassen.

10. Urlaub.

Über die Erteilung von Urlaub an die Arbeitskräfte polnischen Volkstums bestehen mangels einheitlicher Regelung weithin

Unfallschäden.

Auch die Polizeidienststellen werden vielfach mit dieser Frage befaßt, vor allem bei der Erteilung von Passierscheinen.

Bei der Behandlung dieser Frage seitens der Polizei ist davon auszugehen, daß einer Urlaubserteilung an in der Landwirtschaft eingesetzte Arbeitskräfte vor Beendigung der Ernte- und der sich daran anschließenden landwirtschaftlichen Aussenarbeiten grundsätzlich nicht zuzustimmen und eine Ausnahme nur in ganz besonders dringenden Einzelfällen zu befürworten ist. Nach Abschluß der genannten Arbeiten bestehen gegen eine weitgehendere Beurteilung keine Bedenken, jedoch wird in Einzelfall zu prüfen sein, ob sich die betreffende Arbeitskraft auf ihrem Arbeitsplatz und in ihrem Gesamtverhalten als zuverlässig erwiesen hat und nicht die Gefahr besteht, daß sie aus dem Urlaub nicht wieder zurückkehrt.

Für die in der Industrie eingesetzten Arbeitskräfte ist in den tariflichen Vorschriften teilweise eine jährlich einmalige Urlaubsfahrt zum Besuch der Familie vorgesehen. Soweit sich die betreffende Arbeitskraft auf ihrem Arbeitsplatz und in ihrem Gesamtverhalten als zuverlässig erwiesen hat und nicht die Gefahr besteht, daß sie aus dem Urlaub nicht wieder zurückkehrt, bestehen gegen eine jährlich einmalige Urlaubsgewährung auch bei Industriearbeitern keine Bedenken.

Eine einheitliche Regelung der Frage der Urlaubsgewährung wird von hier aus angestrebt werden.

11. Reduzierung des Arbeitsverlusts und -wiederlegung.

Auf Seite 6/7 des oben angegebenen Erlasses habe ich darauf hingewiesen, daß die Staatspolizei - leit - stellen mit

weiteren Weisungen zur Bekämpfung wiederholter oder schwerer Verstöße gegen die gegebenen Anordnungen, insbesondere aber auch zur Bekämpfung des Arbeitsunlust und -niederlegung sowie des unmoralischen Verhaltens der Arbeitskräfte polnischen Volkstums versucht worden sind. Dieser Hinweis ist verschiedentlich nicht in der erforderlichen Form beachtet worden, vor allem in Fällen, in denen es sich um die Bekämpfung von Arbeitsunlust und Arbeitsniederlegung handelt. Ich ersuche daher, die nachgeordneten Polizeibehörden nochmals darauf hinzuweisen, daß sie die Fälle der Arbeitsunlust und -niederlegung, soweit nicht schon an Ort und Stelle derartige Erscheinungen behoben werden können, und auch Vergehen und Verbrechen der Polen, wie z. B. Sittlichkeitsdelikte, Sabotagehandlungen, Brandstiftungen usw., den Staatspolizeileitstellen zur weiteren Veranlassung zu melden haben, die je nach Sachverhalt die Einleitung eines Strafverfahrens veranlassen oder staatspolizeiliche Maßnahmen ergreifen.

Die Leiter der Staatspolizeistellen haben als politische Referenten der Regierungspräsidenten bzw. Oberpräsidenten für deren laufende Unterrichtung Sorge zu tragen.

Um Mißhelligkeiten zu vermeiden, hebe ich hiernit meinen Erlaß vom 23. 12. 1939 - S 1 V 7 - 5109/39 - 505 - 1 - auf.

Abschließend weise ich darauf hin, daß die von mir gegebenen Anordnungen über die Behandlung der im Reich eingesetzten polnischen Zivilarbeiter und -arbeiterinnen Richtlinien sind, die für die Regelung der mit diesem Masseneinsatz von fremdvölkischen Arbeitern zusammenhängenden bedeutenden Fragenkomplexe bindend sind und über die hinaus keine weiteren Maßnahmen zur Einengung der Lebenshaltung der Arbeitskräfte polnischen Volkstums ohne meine vorherige Zustimmung getroffen werden dürfen, daß aber für die Rege-

lung des Bauseffalles und die Beseitigung örtlicher Schwierigkeiten die Initiative der jeweiligen Dienststellen im Rahmen der gegebenen Vorschriften maßgebend sein muß.

Einsatz für den Herrn Reichsprotektor in Böhmen und Mähren:

Auf mein Schreiben vom 28. 5. 1940 - S - IV D 2 - 382/40 - darf ich Bezug nehmen.

In Vertretung:

gez. H e y d r i c h



Begezeugt:

Finanzleiangestellte

1. Entwurf
M. 24. 10.
D. 6. 11.
G. 5. 11.

2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000. 1001. 1002. 1003. 1004. 1005. 1006. 1007. 1008. 1009. 1010. 1011. 1012. 1013. 1014. 1015. 1016. 1017. 1018. 1019. 1020. 1021. 1022. 1023. 1024. 1025. 1026. 1027. 1028. 1029. 1030. 1031. 1032. 1033. 1034. 1035. 1036. 1037. 1038. 1039. 1040. 1041. 1042. 1043. 1044. 1045. 1046. 1047. 1048. 1049. 1050. 1051. 1052. 1053. 1054. 1055. 1056. 1057. 1058. 1059. 1060. 1061. 1062. 1063. 1064. 1065. 1066. 1067. 1068. 1069. 1070. 1071. 1072. 1073. 1074. 1075. 1076. 1077. 1078. 1079. 1080. 1081. 1082. 1083. 1084. 1085. 1086. 1087. 1088. 1089. 1090. 1091. 1092. 1093. 1094. 1095. 1096. 1097. 1098. 1099. 1100. 1101. 1102. 1103. 1104. 1105. 1106. 1107. 1108. 1109. 1110. 1111. 1112. 1113. 1114. 1115. 1116. 1117. 1118. 1119. 1120. 1121. 1122. 1123. 1124. 1125. 1126. 1127. 1128. 1129. 1130. 1131. 1132. 1133. 1134. 1135. 1136. 1137. 1138. 1139. 1140. 1141. 1142. 1143. 1144. 1145. 1146. 1147. 1148. 1149. 1150. 1151. 1152. 1153. 1154. 1155. 1156. 1157. 1158. 1159. 1160. 1161. 1162. 1163. 1164. 1165. 1166. 1167. 1168. 1169. 1170. 1171. 1172. 1173. 1174. 1175. 1176. 1177. 1178. 1179. 1180. 1181. 1182. 1183. 1184. 1185. 1186. 1187. 1188. 1189. 1190. 1191. 1192. 1193. 1194. 1195. 1196. 1197. 1198. 1199. 1200. 1201. 1202. 1203. 1204. 1205. 1206. 1207. 1208. 1209. 1210. 1211. 1212. 1213. 1214. 1215. 1216. 1217. 1218. 1219. 1220. 1221. 1222. 1223. 1224. 1225. 1226. 1227. 1228. 1229. 1230. 1231. 1232. 1233. 1234. 1235. 1236. 1237. 1238. 1239. 1240. 1241. 1242. 1243. 1244. 1245. 1246. 1247. 1248. 1249. 1250. 1251. 1252. 1253. 1254. 1255. 1256. 1257. 1258. 1259. 1260. 1261. 1262. 1263. 1264. 1265. 1266. 1267. 1268. 1269. 1270. 1271. 1272. 1273. 1274. 1275. 1276. 1277. 1278. 1279. 1280. 1281. 1282. 1283. 1284. 1285. 1286. 1287. 1288. 1289. 1290. 1291. 1292. 1293. 1294. 1295. 1296. 1297. 1298. 1299. 1300. 1301. 1302. 1303. 1304. 1305. 1306. 1307. 1308. 1309. 1310. 1311. 1312. 1313. 1314. 1315. 1316. 1317. 1318. 1319. 1320. 1321. 1322. 1323. 1324. 1325. 1326. 1327. 1328. 1329. 1330. 1331. 1332. 1333. 1334. 1335. 1336. 1337. 1338. 1339. 1340. 1341. 1342. 1343. 1344. 1345. 1346. 1347. 1348. 1349. 1350. 1351. 1352. 1353. 1354. 1355. 1356. 1357. 1358. 1359. 1360. 1361. 1362. 1363. 1364. 1365. 1366. 1367. 1368. 1369. 1370. 1371. 1372. 1373. 1374. 1375. 1376. 1377. 1378. 1379. 1380. 1381. 1382. 1383. 1384. 1385. 1386. 1387. 1388. 1389. 1390. 1391. 1392. 1393. 1394. 1395. 1396. 1397. 1398. 1399. 1400. 1401. 1402. 1403. 1404. 1405. 1406. 1407. 1408. 1409. 1410. 1411. 1412. 1413. 1414. 1415. 1416. 1417. 1418. 1419. 1420. 1421. 1422. 1423. 1424. 1425. 1426. 1427. 1428. 1429. 1430. 1431. 1432. 1433. 1434. 1435. 1436. 1437. 1438. 1439. 1440. 1441. 1442. 1443. 1444. 1445. 1446. 1447. 1448. 1449. 1450. 1451. 1452. 1453. 1454. 1455. 1456. 1457. 1458. 1459. 1460. 1461. 1462. 1463. 1464. 1465. 1466. 1467. 1468. 1469. 1470. 1471. 1472. 1473. 1474. 1475. 1476. 1477. 1478. 1479. 1480. 1481. 1482. 1483. 1484. 1485. 1486. 1487. 1488. 1489. 1490. 1491. 1492. 1493. 1494. 1495. 1496. 1497. 1498. 1499. 1500. 1501. 1502. 1503. 1504. 1505. 1506. 1507. 1508. 1509. 1510. 1511. 1512. 1513. 1514. 1515. 1516. 1517. 1518. 1519. 1520. 1521. 1522. 1523. 1524. 1525. 1526. 1527. 1528. 1529. 1530. 1531. 1532. 1533. 1534. 1535. 1536. 1537. 1538. 1539. 1540. 1541. 1542. 1543. 1544. 1545. 1546. 1547. 1548. 1549. 1550. 1551. 1552. 1553. 1554. 1555. 1556. 1557. 1558. 1559. 1560. 1561. 1562. 1563. 1564. 1565. 1566. 1567. 1568. 1569. 1570. 1571. 1572. 1573. 1574. 1575. 1576. 1577. 1578. 1579. 1580. 1581. 1582. 1583. 1584. 1585. 1586. 1587. 1588. 1589. 1590. 1591. 1592. 1593. 1594. 1595. 1596. 1597. 1598. 1599. 1600. 1601. 1602. 1603. 1604. 1605. 1606. 1607. 1608. 1609. 1610. 1611. 1612. 1613. 1614. 1615. 1616. 1617. 1618. 1619. 1620. 1621. 1622. 1623. 1624. 1625. 1626. 1627. 1628. 1629. 1630. 1631. 1632. 1633. 1634. 1635. 1636. 1637. 1638. 1639. 1640. 1641. 1642. 1643. 1644. 1645. 1646. 1647. 1648. 1649. 1650. 1651. 1652. 1653. 1654. 1655. 1656. 1657. 1658. 1659. 1660. 1661. 1662. 1663. 1664. 1665. 1666. 1667. 1668. 1669. 1670. 1671. 1672. 1673. 1674. 1675. 1676. 1677. 1678. 1679. 1680. 1681. 1682. 1683. 1684. 1685. 1686. 1687. 1688. 1689. 1690. 1691. 1692. 1693. 1694. 1695. 1696. 1697. 1698. 1699. 1700. 1701. 1702. 1703. 1704. 1705. 1706. 1707. 1708. 1709. 1710. 1711. 1712. 1713. 1714. 1715. 1716. 1717. 1718. 1719. 1720. 1721. 1722. 1723. 1724. 1725. 1726. 1727. 1728. 1729. 1730. 1731. 1732. 1733. 1734. 1735. 1736. 1737. 1738. 1739. 1740. 1741. 1742. 1743. 1744. 1745. 1746. 1747. 1748. 1749. 1750. 1751. 1752. 1753. 1754. 1755. 1756. 1757. 1758. 1759. 1760. 1761. 1762. 1763. 1764. 1765. 1766. 1767. 1768. 1769. 1770. 1771. 1772. 1773. 1774. 1775. 1776. 1777. 1778. 1779. 1780. 1781. 1782. 1783. 1784. 1785. 1786. 1787. 1788. 1789. 1790. 1791. 1792. 1793. 1794. 1795. 1796. 1797. 1798. 1799. 1800. 1801. 1802. 1803. 1804. 1805. 1806. 1807. 1808. 1809. 1810. 1811. 1812. 1813. 1814. 1815. 1816. 1817. 1818. 1819. 1820. 1821. 1822. 1823. 1824. 1825. 1826. 1827. 1828. 1829. 1830. 1831. 1832. 1833. 1834. 1835. 1836. 1837. 1838. 1839. 1840. 1841. 1842. 1843. 1844. 1845. 1846. 1847. 1848. 1849. 1850. 1851. 1852. 1853. 1854. 1855. 1856. 1857. 1858. 1859. 1860. 1861. 1862. 1863. 1864. 1865. 1866. 1867. 1868. 1869. 1870. 1871. 1872. 1873. 1874. 1875. 1876. 1877. 1878. 1879. 1880. 1881. 1882. 1883. 1884. 1885. 1886. 1887. 1888. 1889. 1890. 1891. 1892. 1893. 1894. 1895. 1896. 1897. 1898. 1899. 1900. 1901. 1902. 1903. 1904. 1905. 1906. 1907. 1908. 1909. 1910. 1911. 1912. 1913. 1914. 1915. 1916. 1917. 1918. 1919. 1920. 1921. 1922. 1923. 1924. 1925. 1926. 1927. 1928. 1929. 1930. 1931. 1932. 1933. 1934. 1935. 1936. 1937. 1938. 1939. 1940. 1941. 1942. 1943. 1944. 1945. 1946. 1947. 1948. 1949. 1950. 1951. 1952. 1953. 1954. 1955. 1956. 1957. 1958. 1959. 1960. 1961. 1962. 1963. 1964. 1965. 1966. 1967. 1968. 1969. 1970. 1971. 1972. 1973. 1974. 1975. 1976. 1977. 1978. 1979. 1980. 1981. 1982. 1983. 1984. 1985. 1986. 1987. 1988. 1989. 1990. 1991. 1992. 1993. 1994. 1995. 1996. 1997. 1998. 1999. 2000. 2001. 2002. 2003. 2004. 2005. 2006. 2007. 2008. 2009. 2010. 2011. 2012. 2013. 2014. 2015. 2016. 2017. 2018. 2019. 2020. 2021. 2022. 2023. 2024. 2025. 2026. 2027. 2028. 2029. 2030. 2031. 2032. 2033. 2034. 2035. 2036. 2037. 2038. 2039. 2040. 2041. 2042. 2043. 2044. 2045. 2046. 2047. 2048. 2049. 2050. 2051. 2052. 2053. 2054. 2055. 2056. 2057. 2058. 2059. 2060. 2061. 2062. 2063. 2064. 2065. 2066. 2067. 2068. 2069. 2070. 2071. 2072. 2073. 2074. 2075. 2076. 2077. 2078. 2079. 2080. 2081. 2082. 2083. 2084. 2085. 2086. 2087. 2088. 2089. 2090. 2091. 2092. 2093. 2094. 2095. 2096. 2097. 2098. 2099. 2100. 2101. 2102. 2103. 2104. 2105. 2106. 2107. 2108. 2109. 2110. 2111. 2112. 2113. 2114. 2115. 2116. 2117. 2118. 2119. 2120. 2121. 2122. 2123. 2124. 2125. 2126. 2127. 2128. 2129. 2130. 2131. 2132. 2133. 2134. 2135. 2136. 2137. 2138. 2139. 2140. 2141. 2142. 2143. 2144. 2145. 2146. 2147. 2148. 2149. 2150. 2151.

13

Anlage zu Seite 4 des Runderrlasses an die höheren Verwal-
tungsbehörden vom 3. 9. 1940.

Ehemalige preußisch-öberschlesische oder österreichisch-
schlesische Teile Ost-Oberschlesiens.

Im Regierungsbezirk Kattowitz die Kreise:

Bielitz-Stadt (Bielsko-gr.), Bielitz-Land (Teil westlich
der Sola), Königshütte-Stadt (Chorsow-gr.), Teschen (Cieszyn)
Freistadt (Frysztat), Kattowitz-Stadt (Katowice-gr.), Kat-
towitz-Land (Katowice), Pleß (Psazyna), Rybnik (Teil),
Schwientochlowitz (Swietochlowice), Tarnowitz (Tarnowskie
Gory), Biala, Chrzanow, Frauenstadt (Wadowice), Saybusch
(Zywiec).

Im Regierungsbezirk Oppeln die Kreise:

Rybnik (Teil), Lublinitz (Lubliniec).

(Die Kreise, die bereits vor dem 1. 9. 1939 zum Reichs-
gebiet gehört haben, sind nicht mit aufgeführt).

Verteiler I: (höhere Verwaltungsbehörden)

| | | | |
|---------------------------|----|------------|----|
| An | | | |
| den Herrn Reichskommissar | | | |
| für die Saarpfalz | 42 | Kattowitz | 27 |
| die Herrn Reichsstatthal- | | Magdeburg | 25 |
| ter in der Ostmark | | Merseburg | 31 |
| Oberdonau | 47 | Erfurt | 18 |
| Niederdonau | 29 | Schleswig | 30 |
| Tirol | 33 | Hannover | 16 |
| Salzburg | 21 | Hildesheim | 20 |
| Kärnten | 25 | Lüneburg | 17 |
| Steiermark | 32 | Stade | 15 |
| die Landesregierungen | | Osnabrück | 14 |
| Innenministerien | | Aurich | 11 |
| Württemberg | 97 | | |

14

| | | | |
|---------------------------------------|----|--------------------------------------------|----|
| Baden | 92 | Münster | 25 |
| Thüringen | 29 | Minden | 17 |
| Hessen | 35 | Arnsberg | 33 |
| Hamburg | 7 | Kassel | 33 |
| Mecklenburg | 22 | Wiesbaden | 23 |
| Oldenburg | 16 | Koblenz | 18 |
| Braunschweig | 13 | Düsseldorf | 33 |
| Bremen | 9 | Köln | 15 |
| Anhalt | 14 | Trier | 15 |
| Lippe-Dehmold | 7 | Aachen | 16 |
| Schaumburg-Lippe | 7 | Sigmaringen | 7 |
| die Herren Regierungs-
präsidenten | | in Sachsen | |
| | | Dresden | 25 |
| in Preußen | | Leipzig | 16 |
| Königsberg | 20 | Chemnitz | 25 |
| Gumbinnen | 25 | Zwickau | 18 |
| Allenstein | 15 | in Bayern | |
| Merianwerder | 12 | München | 37 |
| Berlin | 6 | Regensburg | 56 |
| Potsdam | 25 | Augsburg | 27 |
| Frankfurt/Oder | 26 | Würzburg | 31 |
| Stettin | 26 | Ansbach | 51 |
| Köslin | 18 | in Sudetengau | |
| Schneidemühl | 14 | Karlsbad | 33 |
| Breslau | 33 | Aussig | 32 |
| Liegnitz | 27 | Troppau | 31 |
| Oppeln | 27 | in Danzig | 28 |
| | | der Herren Polizeipräsidenten
in Berlin | 6 |

Nachrichtlich

| | |
|-------------------------------------------------------|------|
| dem Herrn Reichsprotector in Böhmen
und Mähren | Je 1 |
| den Herrn Reichsverteidigungs-
kommissaren | " 1 |
| den Herrn Reichsstatthaltern -
außer der Ostmark - | " 1 |
| den Herrn Oberpräsidenten in Preußen | " 1 |

A 23

er Generalstaatsanwaltschaft
i dem Kammergericht

13 4/64

(RSHA)

C II - 11 - 0

20. Okt. 1940

3215

Sicherheitspolizei

E. K. 1/II Aufstellung
St. Auld

Eingegangen 21. Okt. 1940
Tgb. Nr.

R u n d e r l a s

des Reichsführers H und Chefs der Deutschen
Polizei

vom 5. 9. 1940 - S - IV D 2 - 3382/40
an alle Staatspolizei - leit - stellen

Betrifft: Behandlung der im Reich einge-
setzten Zivilarbeiter und -ar-
beiterinnen polnischen Volkstums.

(Anlage nachgeschickt)

Encl. 4

Berlin, den 3. September 1940

S - IV D 2 - 3582/40

An

die im nachgeschickten Verteiler II
näher bezeichneten Dienststellen
(Staatspolizei - leit - stellen)

Betrifft: Behandlung der im Reich eingesetzten Zivilarbeiter
und -arbeiterinnen polnischen Volkstums.

Bezug: Erlaß vom 8. 3. 1940 - S - IV D 2 - 382/40.

Anlagen: 1.

In der Anlage übersende ich Abdruck meines Erlasses an die
höheren Verwaltungsbehörden vom heutigen Tage.

I.

Aus den in diesem Erlaß an die höheren Verwaltungsbehörden
gegebenen Richtlinien ergibt sich für die staatspolizeiliche Be-
handlung folgendes:

1. Die in Ziffer 1 der Anlage getroffene Feststellung des Perso-
nenkreises, der den unter obigem Betreff ergangenen Bestimmun-
gen unterliegt, ist auch für die Anwendung der auf dem staats-
polizeilichen Gebiet ergangenen Anordnungen maßgebend.

Der Einsatz der unter Ziffer 1b der Anlage näher bezeich-
neten fremdvölkischen Arbeitskräfte aus den Ostgebieten und dem
Generalgouvernement und deren Freistellung von den für die Zi-
vilarbeiter polnischen Volkstums geltenden Einschränkungen birgt
ähnliche Gefahren in sich wie der Masseneinsatz polnischer Zivil-

arbeiter. Es ist Aufgabe der Geheimen Staatspolizei, auch diesen Gefahren wirksam zu begegnen.

Entsprechend der zu erfolgenden Belehrung (vorletzter Absatz von Ziffer 1 der Anlage) sind daher die genannten fremdvölkischen Arbeitskräfte aus den Ostgebieten und dem Generalgouvernement in den in meinem Erlaß vom 3. 5. 1940 genannten Fällen von Arbeitsverweigerung, Aufhetzung, Sabotage, eigenmächtigem Verlassen der Arbeitsstätte, unsittlichem Verhalten gegenüber Deutschen usw. grundsätzlich entsprechend den für die Arbeitskräfte polnischen Volkstums geltenden staatspolizeilichen Bestimmungen zu behandeln. Es ist jedoch zunächst zu versuchen, bei Arbeitsverweigerung und Aufhetzung durch Belehrung eine Änderung des Verhaltens zu erzielen.

2. Die im Zuge des ausländerpolizeilichen Überprüfungsverfahrens bestimmungsgemäß bisher durchgeführte Anfrage der Ausländerpolizeibehörde bei den Staatspolizei - leit - stellen fällt künftig fort.
3. Der in Ziffer 4 Abs. 4 der Anlage erwähnte Arbeitsplatzwechsel auf polizeiliche Veranlassung darf nur in den Fällen erfolgen, in denen ein weiteres Verbleiben der Arbeitskraft auf dem Arbeitsplatz, sei es durch das Verhalten des Arbeitgebers oder des Arbeitnehmers, aus sicherheitspolizeilichen Gründen nicht länger zu verantworten ist.

Ein solcher Grund ist noch nicht allein in einem unerlaubten Verlassen des Arbeitsplatzes durch die Arbeitskraft zu erblicken. Grundsätzlich muß vielmehr daran festgehalten werden, daß bei einem unerlaubten Verlassen des Arbeitsplatzes die Arbeitskraft wieder auf die alte Stelle zurückgebracht wird; denn

häufig verlassen die Polen ihre Arbeitsstellen, um sich einen günstigeren Arbeitsplatz zu suchen oder um langsam nach dem Osten zurückzuwandern, wobei sie sich auf ihrer Wanderung wiederholt neu in Arbeit vermitteln lassen. Der Einsatz an einer anderen Arbeitsstelle würde diesen Bestrebungen nur entgegenkommen. Die Rückführung wird in der Regel durch Sammeltransport vorzunehmen sein.

4. Bei Einweisung in ein Konzentrationslager sind Ausländerpolizeibehörde und Arbeitsamt zu unterrichten, um die genaue Durchführung der in Ziffer 4 der Anlage getroffenen Anordnung zu gewährleisten. Eine besondere Mitteilung an das Reichssicherheitshauptamt erübrigt sich, da dieses die Einweisung ja genehmigt haben muß.

Bei Entlassung aus dem Konzentrationslager und bei sonstigen Haftentlassungen in den Fällen, in denen eine Umvermittlung aus sicherheitspolizeilichen Gründen notwendig wird, ist die Arbeitskraft dem Arbeitsamt zu überweisen.

5. Unabhängig von dem Erlass des Reichsministers für die kirchlichen Angelegenheiten vom 13. 6. 1940 über die kirchliche Behandlung der Arbeitskräfte polnischen Volkstums ist an den bisher getroffenen Maßnahmen, die eine streng gesonderte kirchliche Betreuung der Polen von der deutschen Bevölkerung zum Ziele haben, festzuhalten. Beim Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten ist eine Ergänzung seines Erlasses angeregt worden.
6. Die in Ziffer 11 der Anlage getroffene nochmalige Anordnung, daß den Staatspolizeileitstellen die Fälle von Arbeitsunlust und -niederlegung, die schweren Verstöße gegen die ergangenen Bestimmungen und auch Vergehen und Verbrechen der Polen, wie z. B. Sittlichkeitsdelikte, Sabotagehandlungen, Brandstiftungen usw. zu melden sind, bezweckt die einheitliche Unterrichtung der Staats-

polizei - leit - stellen.

Es ist damit nicht beabsichtigt, allgemeine Delikte, die staatspolizeilich nicht interessieren, nunmehr durch die Staatspolizei - leit - stellen behandeln zu lassen. Diese Fälle sind vielmehr der meldenden Dienststelle zur weiteren Bearbeitung zu überlassen. Die Staatspolizei - leit - stellen müssen aber, da ihnen die Bekämpfung der aus dem Masseninsatz von fremdvölkischen Arbeitern erwachsenden Gefahren obliegt, die Möglichkeit haben, zu prüfen, ob staatspolizeiliche Belange berührt werden und dementsprechend eine staatspolizeiliche Behandlung, wie sie in meinem Erlaß vom 8. 3. 1940 näher geregelt ist, zu veranlassen ist.

In den aufgeführten Fällen hat dies schon nach den bisherigen Anordnungen zu erfolgen.

II.

Darüber hinaus sind für die staatspolizeiliche Arbeit noch folgende Ergänzungen erforderlich:

1. Geschlechtsverkehr zwischen deutschen Männern und weiblichen Arbeitskräften polnischen Volkstums.

Die über diese Fälle eingehenden Berichte zeigen, daß fast durchweg die intimen Beziehungen zu den Polinnen von dem betreffenden deutschen Mann gesucht worden sind, dazu kommt noch, daß die Polinnen sehr häufig in einem Abhängigkeitsverhältnis zu diesen deutschen Männern stehen. Vielfach sind es die Bauernsöhne oder dienstliche Vorgesetzte, in einzelnen Fällen sogar die Dienstherrn selbst, die die Polinnen zum Geschlechtsverkehr veranlassen. Gerade diejenigen

Polinnen, die ihrer Arbeitsverpflichtung nachkommen und sich ihre Arbeitsstätte erhalten wollen, werden leicht geneigt sein, sich dem Verlangen ihrer Arbeitgeber oder Aufsichtspersonen zu beugen.

Aus diesem Grunde ist bei Geschlechtsverkehr zwischen deutschen Männern und weiblichen Arbeitskräften polnischen Volkstums keine Sonderbehandlung zu beantragen.

In diesen Fällen ist vielmehr folgendermaßen zu verfahren:

a) Die Polin ist kurzfristig in Schutzhaft (bis zu 21 Tagen) zu nehmen in den Fällen, in denen sie zur Ausübung des Geschlechtsverkehrs unter Ausnutzung eines Abhängigkeitsverhältnisses durch den Mann veranlaßt worden ist. Nach Haftentlassung ist die Polin in eine andere Arbeitestelle zu vermitteln. In allen übrigen Fällen, vor allem in solchen, in denen weiterer künftiger Geschlechtsverkehr mit deutschen Männern anzunehmen ist, in Wiederholungsfällen, bei Verführung deutscher Jugendlicher usw., ist Überweisung der Polin in ein Frauen-Konzentrationslager zu veranlassen.

b) Der deutsche Mann ist grundsätzlich auf die Dauer von drei Monaten einem Konzentrationslager zuzuführen, daneben können je nach Lage des Falles weitere staatspolizeiliche Maßnahmen oder Auflagen, z. B. Sicherungsgeld, Geldbuße an das Rote Kreuz usw. ergriffen werden. Wenn der deutsche Mann unter besonders verantwortungsloser und brutaler Ausnutzung des Abhängigkeitsverhältnisses die Polin zum Geschlechtsverkehr gezwungen und somit das Ansehen des deutschen Menschen in besonderem Maße geschädigt hat, ist dies in der Meldung ausdrücklich hervorzuheben, damit alsdann noch weitgehendere Maßnahmen ergriffen werden können.

Handelt es sich bei dem Mann, der Geschlechtsverkehr mit der Polin ausgeübt hat, um einen Betriebsführer oder hat ein solcher seine in dieser Hinsicht bestehende Aufsichtspflicht erheblich ver-

letzt, ist dafür Sorge zu tragen, daß ihn die Arbeitskräfte polnischen Volkstums entzogen und künftig keine mehr zugewiesen werden.

Die Schutzhaftanträge sind für beide beteiligten Personen in einem Bericht zu stellen; Doppel-des Berichte ist beizufügen.

2. Sonderbehandlung.

a) Vorschläge auf Sonderbehandlung sind grundsätzlich nur für männliche Arbeitskräfte polnischen Volkstums zu machen. Nur in ganz besonders schwerwiegenden Ausnahmefällen ist in Erwägung zu ziehen, ob auch weibliche Arbeitskräfte polnischen Volkstums einer Sonderbehandlung unbedingt unterworfen werden müssen.

b) Die Vorschläge auf Sonderbehandlung sind - unter Wegfall der in Ziffer 2 Abs. 2 des oben angezogenen Erlasses vorgeschriebenen fernschriftlichen Meldungen - durch Schnellbrief unverzüglich einzureichen. Die Berichte haben eine eingehende Sachdarstellung und die Feststellung der Volkstumszugehörigkeit des Betreffenden zu enthalten.

Wird Sonderbehandlung für Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen beantragt, ist in Zweifelsfällen die Volkstumszugehörigkeit der deutschen Frau darzulegen. Für die Behandlung der deutschen Frau ist ferner die Feststellung unerlässlich, ob Schwangerschaft besteht oder nicht, gegebenenfalls in welchem Monat und ob sie gleichzeitig auch Verkehr mit deutschen Männern gehabt hat. Weiterhin ist anzugeben, ob die betreffenden Personen über das Verbot des Geschlechtsverkehrs belehrt worden sind bzw. sie das Unerlaubte ihres Tuns erkannt haben.

2

c) Um eine Verzögerung der Bearbeitung zu vermeiden, sind dem Schnellbrief die erforderlichen Unterlagen (Vernehmungsdurchschriften, arztärztliches rassisches Gutachten und die die Rassenmerkmale deutlich kennzeichnenden Lichtbilder, in Fällen des Geschlechtsverkehrs oder der Vornahme unzüchtiger Handlungen an deutschen Frauen auch Lichtbilder der Frau) beizufügen.

d) Zur Vermeidung einer Doppelbearbeitung ist in Sonderbehandlungsfällen von der Stellung eines gesonderten Schutzhaftantrages abzusehen. Der Schutzhaftantrag ist vielmehr in jedem Falle hilfsweise neben dem Vorschlag auf Sonderbehandlung im gleichen Bericht zu stellen. Für die hier gegebenenfalls anzulegenden Schutzhaftvorgänge ist neben den gemäß Runderlaß des Reichsministers des Innern vom 25. 1. 1938 - Pol. S - V 1 - 70/37 - 179 g - und den Ergänzungserlassen vorgeschriebenen Schutzhaftunterlagen noch eine Durchschrift des Schnellbriefberichts beizufügen.

In Fällen des Geschlechtsverkehrs mit deutschen Frauen sind die Schutzhaftanträge für beide Personen (für den Polen nach vorhergehendem Absatz in der Regel nur hilfsweise) in dem gleichen Schnellbriefbericht zu stellen. Für die Schutzhaftakte der Frau wird alsdann die Übersendung einer weiteren Durchschrift des Schnellbriefberichts erforderlich.

e) Die Schnellbriefberichte sind dem Referat IV D 2 des Reichssicherheitshauptamtes zuzuleiten, das, soweit Schutzhaft erforderlich wird, dem Referat IV C 2 den Gesamtvorgang bzw. das Doppel des Berichts weitergibt.

3. Haft.

In vielen Fällen werden die Arbeitskräfte polnischen Volkstums eine kurzfristige Inhaftierung als angenehme Unterbrechung

ihren Arbeitseinsatzes mit oft anstrengender Tätigkeit an-
sehen. Die kurzfristige Haft ist aber bei geringeren Verge-
hen unerlässlich, um die Arbeitskräfte nicht allzulange dem
Arbeitseinsatz zu entziehen. Die abschreckende Wirkung der
kurzfristigen Haft ist daher durch die Art ihrer Vollziehung
zu erhöhen. Ich habe demzufolge keine Bedenken, wenn die
kurzfristige Haft bei hartem Lager und Beschränkung der war-
men Mahlzeiten, wobei jedoch innerhalb von vier Tagen minde-
stens eine warme Mahlzeit gereicht werden muß, vollzogen
wird.

Bei einer solchen Vollziehung der kurzfristigen Haft
wird diese Maßnahme von einzelnen Staatspolizei - leit - stel-
len häufiger anzuwenden sein als bisher.

4. Abchiebung von Arbeitskräften polnischen Volkstums in ihre
Heimatgebiete.

Der Einsatz von Arbeitskräften polnischen Volkstums hat
nur dann Zweck, wenn diese Arbeitskräfte überhaupt zu einer
vollen Arbeitsleistung fähig sind.

So wenig ein Abschub dieser Arbeitskräfte als Strafmaß-
nahme in Frage kommt, so müssen doch alle als Arbeitskräfte
unbrauchbaren Polen aus dem Reich entfernt werden.

Ich ersuche daher, sich in dort anfallenden Fällen mit
den Arbeitsämtern in Verbindung zu setzen und von diesen den
Abtransport der Kranken, Geistesschwachen oder aus sonstigen
Gründen für den Arbeitseinsatz für längere Zeit unbrauchbaren
Arbeitskräften polnischen Volkstums und auch von schwangeren
polnischen Arbeiterinnen, deren Arbeitsunfähigkeit etwa im
sechsten Monat der Schwangerschaft anzunehmen sein wird, zu
erwirken.

In diesem Zusammenhang weise ich auch darauf hin, daß das Nachziehen von Familienangehörigen der Arbeitskräfte polnischen Volkstums, die sich im Reich meist untätig, wie z. B. die Kinder, aufhalten, sowohl dem Grundsatz, daß nur arbeitsfähige Polen ins Reich hereingeholt werden, entgegenwirkt, als auch aus volkstums-politischen Gründen untragbar ist, da hierdurch einer unkontrollierbaren Unterwanderung Vorschub geleistet wird.

5. Anwendung des Deutschen Grußes.

Von verschiedenen Parteidienststellen ist Beschwerde darüber geführt worden, daß die Arbeitskräfte polnischen Volkstums den Deutschen Gruß anwenden. Ich stelle hierzu fest, daß den Arbeitskräften polnischen Volkstums die Anwendung des Deutschen Grußes nicht gestattet werden kann.

Die Aufgabe der Geheimen Staatspolizei, die aus dem Einsatz fremdvölkischer Arbeiter erwachsenden Gefahren zu bekämpfen, bringt es mit sich, daß die Staatspolizeistellen im besonderen Maße auf die Durchführung aller auf diesem Gebiet ergangenen Anordnungen, die ihrem Wesen nach sicherheitspolizeilicher Natur sind, hinwirken müssen, auch soweit die Geheime Staatspolizei nicht mit der Durchführung beauftragt ist, ohne aber in diesen Fällen die sachliche Bearbeitung zu übernehmen.

Hierbei werden die Staatspolizeistellen ganz allgemein an der Ausräumung von Schwierigkeiten in ihrem örtlichen Bereich mitwirken und aus eigener Initiative örtlich notwendig werdende Maßnahmen, die im Rahmen der gegebenen Richtlinien liegen, wie z. B. mehrfache Belchrung der Arbeitskräfte polnischen Volkstums oder eingehendere Aufklärungsarbeit an der deutschen Bevölkerung, bei den jeweils örtlich zuständigen Dienststellen von Partei und Staat, an-

10.
wegen Wissen. Eine Regelung durch die zentralen Dienststellen
soll immer erst dann erfolgen, wenn örtlich ein Einvernehmen
über notwendigerweise zu treffende Maßnahmen nicht zu erzie-
len ist. Dies entbindet jedoch nicht von einer rechtzeitigen
Berichterstattung in wichtigen Fällen an das Reichssicher-
heitshauptamt.

Bei der Ergreifung staatspolizeilicher Maßnahmen ist im
Rahmen der gegebenen Anordnungen mit der erforderlichen Selbst-
ständigkeit vorzugehen, wobei einerseits die sicherheitspoli-
zeilichen Belange, andererseits die Erhaltung des Polen für
die Arbeit zur Sicherung der Ernährungs- und Wirtschaftslage
zu berücksichtigen sind.

Der Erlaß ist für die Weitergabe an die Kreis- und Orts-
polizeibehörden nicht geeignet.

Zusatz für Kriminalpolizei - leit - stellen:

Auf Ziffer 11 - letzter Absatz - des als Anlage beigefüg-
ten Runderrlasses vom 3. 9. 1940 an die höheren Verwaltungsbe-
hörden wird besonders hingewiesen. Ferner nehme ich auf meinen
Runderrlaß vom 28. 5. 1940 - S-IV D 2 - 3383/40 - Bezug, auf
dessen genaue Durchführung ich - vor allem hinsichtlich der
Meldung flüchtiger Arbeitskräfte polnischen Volkstums - aus
gegebenem Anlaß nochmals hinweise.

In Vertretung:

H e y d r i c h



glaubig:

anzulei angestellte

M

Verteiler IX (Staatspolizeileit- und
Staatspolizeistellen):

an alle Staatspolizeileitstellen
Staatspolizeistellen jo 5
" 3

(mit Ausnahme der Staatspolizeileit- und
Staatspolizeistellen der in das Reich
eingegliederten Ostgebiete)

Nachrichtlich

den Ämtern I, II, III, V und VI
des Reichssicherheitshauptamtes " 1
Höheren SA- und Polizeiführern " 1
Inspektoren der Sicherheitspolizei
und des SD " 1
Befehlshabern der Sicherheitspolizei
und des SD " 1
Kommandeuren der Sicherheitspolizei
und des SD " 1
Staatspolizeileit- " 2
Staatspolizeistellen der in das Reich
eingegliederten Ostgebiete " 1
allen Kriminalpolizei- und -stellen " 1
allen SD-Leitabschnitten und SD-Ab-
schnitten " 1

A 24

Generalstaatsanwalt
am Kammergericht

12 4/64

(RSHA)

140
4/64

13

Beilage Nr. 6

zum Meldeblatt d. KPLSt. Posen Nr. 11 v. 1. 11. 1940.

Behandlung der im Reich eingesetzten Zivilarbeiter und -arbeiterinnen
polnischer Volkszugehörigkeit.
Min. d. Justiz. - Amt V - v. 4. 9. 40 - V A 1 Nr. 4177/40 --.

Der in der 2. Anlage zum Meldeblatt Nr. 2 der KPLSt. Posen veröffentlichte Erlaß des RM/UCHdDtPol. i. RMdJ. v. 28. 5. 40 - S-IV D 2 - Nr. 3383/40 - betr. Behandlung der im Reich eingesetzten Zivilarbeiter und -arbeiterinnen, hat durch den Erlaß des Reichssicherheitshauptamtes - Amt V - v. 4. 9. 1940 - V A 1 Nr. 4177/40 - folgende Ergänzung erfahren:

"In allen Fällen, in denen polnische Zivilarbeiter -und Arbeiterinnen bzw. die als Zivilarbeiter weiter verwendeten ehemaligen polnischen Kriegsgefangenen strafbare Handlungen, insbesondere auf sittlichem Gebiet, begangen haben, sind die Vorgänge nach Abschluß der Vorermittlungen nicht der Staatsanwaltschaft, sondern sofort der zuständigen Staatspolizeistelle zu übergeben."